



Ausschuss für Europa und Eine Welt

15. Sitzung (öffentlich)

14. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
Einzelberatung der Haushaltsansätze
Vorlage 16/1261

**Der Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt
Kapitel 02 030 – Europa – mit den Stimmen der Fraktionen
von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der
Fraktionen von CDU und FDP zu.**

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **zu**.

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **zu**.

Der **Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **zu**.

- 2 Ruinösen Steuerwettbewerb unterbinden: Steuerprivilegierung von Erträgen aus Lizenzen und Patenten („Lizenz-Box“) in der Europäischen Union verbieten!**

11

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4017

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt beschließt einstimmig**, den **Antrag Drucksache 16/4077** ohne Votum zu **schieben**.

- 3 Verschiedenes**

14

a) **Nächste Sitzung**

14

b) **Workshop zu den EU-Förderkriterien am 25. November**

14

c) **Subsidiaritätskonferenz am 18.12. in Berlin**

14

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
Einzelberatung der Haushaltsansätze
Vorlage 16/1261

Vorsitzender Nicolaus Kern teilt mit, der Gesetzentwurf Drucksache 16/3800 sowie die Finanzplanung 2013 bis 2017 mit dem Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/3801 seien nach der ersten Lesung durch das Plenum am 25. September 2013 einstimmig zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die übrigen Fachausschüsse überwiesen worden. In der letzten Sitzung am 18. Oktober habe Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren ihren Einführungsbericht gegeben.

Für heute seien die Einzelberatungen der Haushaltsansätze sowie die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen. Mit Vorlage 16/1261 liege auch der Ergebnisvermerk der Berichterstatter für 2014 zum Einzelplan 02 vor.

Heute anstehende Einzelfragen zum Haushalt sollten möglichst in chronologischer Reihenfolge des Einzelplans 02 behandelt werden. Er werde nun die einzelnen Kapitel aufrufen.

Kapitel 02 030 – Europa

Der Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 030 – Europa – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zu.

Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt

Holger Ellerbrock (FDP) schickt voraus, für ihn sei es unstrittig, dass parlamentarisches Handeln und Regierungshandeln in Europa einen besonderen Stellenwert einnehmen. Deutlich müsse man aber machen, dass man die Schuldenbremse im Auge habe und versuche, an einzelnen Stellen etwas einzusparen. Aus diesem Grunde habe er dagegen gestimmt.

Im Kapitel „Internationale Angelegenheiten und Eine Welt“ seien grundlegende Positionen, die in den letzten Jahren vorgebracht worden seien, wieder unberücksichtigt geblieben. Man müsse sich grundsätzlich vor Augen halten, dass Internationales und Eine Welt vor allem den Bund mit in die Pflicht nehme. In der GIZ oder im Bundesmi-

nisterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung würden Aufgaben wahrgenommen.

An manchen Stellen werde deutlich, dass bestimmte Organisationen aus unterschiedlichen Töpfen bedient würden. „Jedem wohl und keinem wehe“ – das könne sich das Land in dieser Haushaltssituation nicht leisten. Er nenne das Beispiel Entwicklungshilfekordinatoren, die 15 % des ganzen Etats ausmachten – das habe seine Fraktion letztes Jahr auch kritisiert. Da sei eine Erfolgskontrolle – außer in verbalen Darstellungen – nicht zu sehen. Das betreffe den Titel 684 20 – Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Die Aufteilung in Titel 684 30 – Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in Entwicklungsländern – Konkreter Friedensdienst – sowie Titel 686 30 – Ziviler Friedensdienst – mache deutlich, dass das Ganze zerfasert sei. So gut es im Einzelfall auch gemeint sei, müsse man sich immer fragen, ob man sich das angesichts der Haushaltssituation leisten könne. Da müsse Einsparpotenzial generiert werden. Das sei die Leitlinie.

Die **Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren**, kommt auf die Aussage von Herrn Ellerbrock zurück, wonach er auch schon im vergangenen Jahr zu Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – seine Kritik vorgetragen habe. Auch sie wolle die Argumente erneut vortragen, die sie bereits im vergangenen Jahr auf die Kritik hin dargelegt habe.

Herr Ellerbrock habe zwar das gesamte Kapitel Internationale Angelegenheiten und Eine Welt angesprochen, sei aber nur auf die Entwicklungszusammenarbeit eingegangen. Herr Ellerbrock scheine nicht in Abrede zu stellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen als wichtiges Land in der Mitte Europas eine Menge zur Pflege der internationalen Beziehungen tun müsse – nicht nur aufgrund der Fragen, die sich aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergäben, Stichwort Exportland, sondern auch, weil Deutschland in Europa, aber auch in der Welt politisch und mit Blick auf ein friedliches Miteinander in der Welt eine wichtige Rolle spiele und eine historische Verantwortung habe. Das, was sie gerade gesagt habe, könne man auf den Bereich Entwicklungszusammenarbeit ausdehnen. Man lebe in einer Welt. Vermutlich habe es fast jeder inzwischen verstanden, dass man hier nicht auf einer Insel der Glückseligen sei und sagen könne, es interessiere nicht, was in anderen Teilen der Welt passiere.

Sie teile die Einschätzung, dass die klassische Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie eine Kompetenz des Bundes sei. Das gemeinsam weltweit verabredete Ziel sehe vor, dass entsprechende Mittel, 0,7 % des BIP, eingesetzt werden sollten, um die Zusammenarbeit in der Einen Welt zu optimieren. Davon sei man weit entfernt. Auf der Bundesebene sei man weit davon entfernt, weil man bei diesen Aufgaben immer in Konkurrenz zu anderen Aufgaben stehe. Die Einsicht, dass das Wohlergehen der Länder des Südens sich auch auf das Wohlergehen in Deutschland auswirke, sei immer noch nicht so weit verbreitet, dass es ein Leichtes sei, die entsprechenden Mittel auch zur Verfügung zu stellen. Insofern hätten die Länder, habe Nordrhein-Westfalen eine ganz spezifische Aufgabe mitzuhelfen, dass die Kenntnis über die Zusammenhänge des Lebens in der Einen Welt und die Verantwortung ver-

breitet würden. Es gehe um die Kenntnis darüber, dass das Konsum- und Wirtschaftsverhalten Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten in anderen Teilen der Welt habe. Das betreffe die Kenntnis, dass Deutschland mit dem Wirtschaftsverhalten dazu beitrage, dass die Probleme, vor denen das Land stehe, entweder abgemildert werden könnten oder sich verschärfen würden. Das sei der Hauptfokus der Arbeit in diesem Kapitel, dass man nämlich die Bildungsarbeit in diesem Land unterstütze.

Da komme sie zu den Koordinatoren, zu denen Herr Ellerbrock gefragt habe, ob das Land sich das leisten könne. Sie sage, das müsse sich NRW leisten, weil man sonst die Zustimmung der Bevölkerung verwehren werde, dass man dieser gemeinsamen Verantwortung gerecht werden müsse.

Herr Ellerbrock habe unter dem schönen Stichwort „jedem wohl und keinem wehe“ angesprochen, dass hier verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen mit ihren Aktivitäten unterstützt würden. Es sei wesentlich in dieser entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, dass die Erfahrungen an konkreten Beispielen gemacht und vermittelt werden müssten, damit es nicht bei abstrakten Wahrheiten bleibe, die die Menschen nicht berühren würden.

Alle Kolleginnen und Kollegen wüssten, dass man mit den bescheidenen Mitteln, den 0,02 % des Haushaltes für den gesamten MBEM-Bereich keinesfalls den Haushalt sanieren könne. Im vergangenen Jahr habe man bei der Entwicklungszusammenarbeit in symbolischer Weise einen Beitrag geleistet und in diesem Bereich eingespart. Nun würden exemplarisch Partnerschaften unterstützt, unterhalten, um auch den Erfahrungshintergrund, wie Entwicklung vorangebracht werden könne, nutzbar zu machen. Auch da müsse man an weitere Akteure im Land denken, beispielsweise an die Wirtschaft. Es sei nicht von ungefähr, dass in der Eine-Welt-Strategie formuliert worden sei, dass es Entwicklungen ohne Wirtschaft nicht gebe und dass die Wirtschaft selbstverständlich auch ihrer Verantwortung nachkommen müsse, ihr Eigeninteresse an wirtschaftlichem Erfolg mit nachhaltigem Engagement in der Welt zu verknüpfen. Das könne man an Partnerschaften exemplarisch deutlich machen – genauso wie über Partnerschaften im Bereich der Hochschulen, bei denen es um Wissenstransfer gehe. Sie sei überzeugt davon, dass das, was mit bescheidenen Mitteln auf den Weg gebracht werde, was unterstützt werde, im Interesse dieses Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Bevölkerung liege.

Renate Hendricks (SPD) möchte sich nach dem sehr guten Beitrag der Frau Ministerin Schwall-Düren inhaltlich nicht weiter dazu äußern, wolle aber eine Anmerkung machen: Der Versuch, die Koordinatoren unter der schwarz-gelben Regierung aus dem Haushalt zu streichen, sei nicht gelungen. Auch die CDU sei mit davon überzeugt gewesen, dass es erforderlich sei, dass die Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Beitrag zur Bewusstseinsbildung liefere. Das gelte für die SPD-Fraktion erst recht. Bildungsarbeit sei erforderlich, um Bewusstsein zu prägen und für die nachfolgende und die hiesige Generation die Einstellung zu den Ländern des Südens mit zu beeinflussen.

Holger Ellerbrock (FDP) erklärt, er wolle der Ministerin den guten Willen nicht absprechen. Nur die Argumentation der Landesregierung, dass so und so viel Prozent den Haushalt nicht sanieren würden, könnte man sicherlich auch auf andere Bereiche übertragen, in denen nicht so stringent vorgegangen werde, etwa im Bereich Denkmalschutz oder Kulturförderung. Da müsse man die Linie schon weiter durchhalten.

Die Einsicht, dass man in eine Vielfalt von Problemen eingebettet sei, könne man sofort erkennen, wenn man nach Sète oder Marseille fahre. Wenn sich Afrika auf den Weg mache, spüre man das hier auch, und zwar hautnah. Es könne nur im eigenen Interesse sein, die Lebensumstände dort so zu entwickeln, dass es nicht zu dieser Migration komme.

Wenn das Thema Entwicklungskoordinatoren während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb nicht weiter verfolgt worden sei, weil es seitens des Koalitionspartners andere Vorstellungen gegeben habe, dann heiße das noch lange nicht, dass das falsch gewesen sei. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei das nach wie vor richtig.

Zu den Entwicklungshilfekordinatoren: Man habe schon mehrfach nachgefragt. Außerdem den wolkigen Worten, die die Begünstigten sicher zu Jubel veranlassten, sei der Erfolg schlecht zu verifizieren. Es gebe viele nette Tagungen, die man durchführe. Ob dabei konkret etwas herauskomme, stelle er zumindest infrage. Darauf zielten seine Überlegungen.

Für ein Projektbüro für die nachhaltige und faire Beschaffung in Nordrhein-Westfalen würden 75.000 € ausgegeben. Das laufe zum Teil glatt selbstlos, sei eine vernünftige Sache. Aber dafür brauche man kein öffentliches Geld herauszuwerfen. Die Ministerin habe da andere Ansichten. Er nehme gerne die Beispiele, die die Ministerin angeführt habe, und werde sie im Kulturausschuss, im Bauausschuss im Bereich Denkmalpflege noch einmal anbringen. Da gebe es unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität in den einzelnen Ressorts.

Ilka von Boeselager (CDU) bezeichnet das Haushaltsvolumen für die Eine-Welt-Politik und Internationales als sehr überschaubar. In der Tat müsse man das Bewusstsein in der Bevölkerung schärfen, vor allem auch beim Promotorenprogramm. Auf diesem Gebiet seien sehr viele Ehrenamtliche tätig. Diese Ehrenamtlichkeit werde damit ein Stück weit begleitet. Dieses Feld würde man sicher noch stärker erweitern, wenn es eine bessere Haushaltssituation gäbe. Nun müsse man sich mit dem bescheiden, was vorhanden sei. Es lohne sich wirklich nicht, in eine hitzige Diskussion einzusteigen. Da gebe es ganz andere Themenfelder, bei denen es sicher Sinn mache, genauer hinzuschauen.

Andrea Asch (GRÜNE) führt aus, seit 2005 sei sie in diesem Landtag. Die FDP habe auch vorher schon immer wieder erklärt, dass sie diesen Bereich nicht unterstützen und finanzieren wolle.

Unter der schwarz-gelben Regierung sei es dann gelungen, die Programme für die Koordinatoren – damals hätten sie noch Promotoren geheißen – zusammenzustrei-

chen. Rot-Grün habe das wieder aus gutem Grund geheilt. Sie bitte Herrn Ellerbrock, sich die Arbeit anzusehen, sich vorstellen zu lassen, was an wertvoller Bildungsarbeit dort gemacht werde. Es würden Initiativen unterstützt, private Initiativen mit ehrenamtlicher Arbeit, Entwicklungskooperationen, Projekte finanziert. Die Leute würden sich aufreihen. Dass sie professionelle Unterstützung und Schulungen und das Know-how vermittelt bekämen, wie sie effizienter arbeiten könnten, halte sie für selbstverständlich. Das sei der eine Teil.

Auf der anderen Seite gehe es darum, Kinder und Jugendliche in den Schulen und Jugendeinrichtungen für das Thema zu gewinnen. Seit drei Tagen sehe sie jeden Abend die verheerenden Zerstörungen auf den Philippinen. Tausende von Menschenleben habe das gekostet. Zigtausende, Millionen seien obdachlos geworden. Sich dann hinzustellen und zu sagen, dass Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt keine Veranlassung habe, dort Unterstützung zu leisten – das Geld aus dem Haushalt komme zwar nicht unmittelbar den Philippinen zugute, aber es komme anderen Ländern zugute, die auch arm seien, die von Naturkatastrophen, vom Klimawandel in besonderer Weise betroffen seien –, könne sie nicht nachvollziehen. Sie bitte zu reflektieren, ob die Haltung wirklich richtig sei, ob es nicht vielmehr angebracht sei, internationale Zusammenarbeit und internationale Hilfe als eine Länderaufgabe wahrzunehmen.

Es gebe noch ein Bundesland in dieser Republik, das Schwarz-Gelb regiert sei, nämlich Sachsen. Sachsen bekenne sich unter Mitarbeit des Koalitionspartners der FDP eindeutig zur Entwicklungszusammenarbeit, bekenne sich zu den Millenniumszielen. Sie stünden hinter der gemeinsamen Erklärung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder. Herr Rüttgers habe damals auch unterschrieben. Sie bitte zu überlegen, ob der Bereich der Kooperation nicht so wichtig sei, dass sich das Bundesland NRW engagiere, auch in finanzieller Hinsicht.

Holger Ellerbrock (FDP) betont, er weise die moralisierenden Worte von Frau Asch zurück. Das, was jetzt in den Philippinen geschehe, habe mit dem Problemkreis, der hier besprochen werde, nichts zu tun. Diese Verknüpfungen herzustellen und ihm einen Button anhängen zu wollen, verwundere und verärgere ihn.

Sachsen könne sich das im Übrigen leisten. Dort habe man einen vernünftigen Haushalt. Das sei nämlich die Grundvoraussetzung. Erst müsse man verdienen, dann könne man verteilen.

Zu dem Vorwurf, man solle sich informieren: Er sei fast zehn Jahre in dem Beirat der Stiftung Umwelt und Entwicklung gewesen. Nicht nur da habe er sich über die Entwicklungszusammenarbeit informiert. Er mahne die Verifizierung an. Es würden Gelder mit der Gießkanne verstreut. Das sei nicht zielgerichtet. Er bleibe dabei, das könne man sich so nicht leisten – unabhängig von der Gesamtsumme. Der Weg sei das Ziel, daran müsse man arbeiten.

Marc Olejak (PIRATEN) bedankt sich bei dem THW NRW, das schon einmal fünf Mitarbeiter in Richtung Philippinen zur Einrichtung eines Trinkwasseraufbereitungssystems entsandt habe. Auf das Moralisierende wolle er nicht eingehen. Es komme

ihm so vor wie bei den alten Lagerkämpfen. Es handele sich um sinnvolle, höchstwahrscheinlich auch gut investierte Summen.

In einem Punkt gebe er Herrn Ellerbrock Recht: Eine Punkt-für-Punkt-Evaluierung, eine Überprüfbarkeit der Effizienz der Gelder, die für den Bereich der Eine-Welt-Politik veranschlagt würden, halte er für sinnvoll. Man brauche mehr Details, mehr Informationen im laufenden Prozess. Bei diesem Posten werde sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) betont, niemand sei so naiv anzunehmen, dass ein Bildungsprojekt in einer Weise evaluiert werden könne, dass man sagen könne, nun hätten 5 % der Bevölkerung mehr verstanden, dass es diese Verantwortung für die gemeinsame Welt gebe. Es wäre wunderbar. Wie bei anderen Bildungsprojekten auch sei das nicht so ganz einfach. Man könne selbstverständlich über die Koordinatoren, über die Netzwerke, über die NGOs, über die Aktivitäten, die entfaltet würden, die vom Land direkt oder indirekt unterstützt würden, Auskunft bekommen. Das sei überhaupt kein Problem.

Wenn Interesse bestehe, könne das gemacht werden. Genauso gelte das für einzelne Projekte, die von den jetzt schon mehrfach erwähnten NGOs ehrenamtlich mit unterstützt würden. Da könne man nachweisen, dass zum Beispiel in einer Schule ein Anbau vorgenommen worden sei, dass die Schüler auf Bänken sitzen und lernen könnten, statt auf dem Boden zu sitzen usw. Solche Dinge seien selbstverständlich möglich.

Während der Arbeit im Kuratorium der Stiftung habe sie eine Fülle von konkreten Projekten in Richtung Bildung wie auch in Richtung konkrete Projekte kennenlernen dürfen. Bei gutem Willen könne man eine Menge erfahren.

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **zu**.

Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Henning Rehbaum (CDU) kommt auf die Personalkostensteigerung zu sprechen, die ca. 4,8 % betrage, obwohl es im Stellenplan eine Stellenreduzierung von einer Stelle gebe. Er bitte, kurz zu erläutern, warum trotz Stellenkürzungen innerhalb eines Jahres eine deutliche Personalkostensteigerung zu verzeichnen sei.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) erwidert, diese Frage lasse sich nicht alleine mit der Anzahl der Stellen, nicht allein mit Lohnerhöhungen beantworten. Das sei immer mit Steigerungen im Landeshaushalt verbunden. In dem einen oder anderen Fall handele es sich um Hebungen, auf die die Mitarbeiter Anspruch gehabt hätten.

ten. In diesem Fall seien das spezifisch die Ortskräfte, die einen entsprechenden Anspruch gehabt hätten. Das zusammen mit Steigerungen der Mietkosten habe zu dieser Anhebung geführt. Wenn Interesse bestehe, könne das im Einzelnen noch einmal dargelegt werden. Da sei nichts versteckt.

Der Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion zu.

